

Generationengerechte Politik im 21. Jahrhundert

Resolution des Politiktest-Kongresses 2002 von YOIS Deutschland

In einer Demokratie mit kurzen Wahlperioden stellt sich das grundsätzliche Problem, dass die politisch Verantwortlichen tendenziell in Zeiträumen von wenigen Jahren, nicht aber für die kommenden Jahrzehnte und Jahrhunderte denken und planen. In aller Regel sind ihre Handlungen gegenwartsbezogen, also an den Wünschen und Interessen der erwachsenen Bürger mit Wahlrecht orientiert. Die Interessen nachrückender Generationen bleiben unberücksichtigt. Daher mischen wir uns ein: Wir jungen Menschen und alle zukünftigen Generationen haben ein Recht auf Zukunftschancen!

Eine Fortsetzung der heute praktizierten kurzsichtigen Politik können wir uns angesichts gegenwärtiger und zukünftiger Probleme nicht länger leisten. Fortschreitende Umweltzerstörung, die fehlenden politischen Rahmenbedingungen zur sozialen und ökologischen Gestaltung der Globalisierung, ausufernde Staatsverschuldung, das marode Bildungssystem und Defizite in der Kinder- und Jugendpolitik beeinträchtigen massiv die Lebenschancen nachrückender Generationen. Die erste Generation, die die Folgen der heutigen Entscheidungen oder fehlender Entscheidungen ausbaden muss, sind wir. Doch noch immer wird die junge Generation nicht ausreichend am politischen Prozess beteiligt. Eine Politik des „Weiter so wie bisher!“ kann nicht die Devise sein.

Die erste Bundestagswahl nach der Jahrtausendwende steht bevor. Von dieser Wahl hängt es ab, ob die Weichen in Richtung einer nachhaltigen und generationengerechten Entwicklung gestellt werden und ob die Beschlüsse der Vereinten Nationen von Rio de Janeiro und Johannesburg umgesetzt werden. Wir haben die Wahlprogramme der im Bundestag vertretenen Parteien auf Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit überprüft. Berücksichtigen sie die Bedürfnisse kommender Generationen? Enthalten sie Wahlversprechen, deren Auswirkungen spätere Generationen belasten werden? Der Themenkatalog, den der Politiktest dabei aufgreift, umfasst die folgenden Bereiche von generationenübergreifendem Interesse: Ökologie, Globalisierung, Staatsfinanzen, Bildung und Kinder- und Jugendpolitik.

Im Bereich der Energie und Klimapolitik war ausschlaggebend, ob marktwirtschaftliche Instrumente (Ökosteuer, Zertifikathandel oder eine Kombination) zur Reduktion von Treibhausgasen, eine Reduktion von ökologisch kontraproduktiven Subventionen und der Ausstieg aus der Atommüllproduktion gefordert wurden. Der wichtigste Anspruch an die Parteien war im Bereich Raumentwicklung die Problemerkennung des derzeitigen hohen Flächenverbrauchs durch Siedlungs- und Verkehrsflächen sowie die Entwicklung von Zielen und adäquaten Instrumenten (z. B. Zertifikathandel, Grundsteuer). In der Land- und Forstwirtschaft wurde gefordert, dass Bauern für den Erhalt von Kulturlandschaften sowie für den Betrieb einer nachhaltigen Landwirtschaft stärker gefördert werden. Für die „grüne Gentechnik“ sollten Zulassungskriterien entwickelt werden, so dass unwiderrufliche Schäden ausgeschlossen werden können (analog zur Zulassung von Produkten in der Chemie). Im Bereich Abfall konzentrierten sich die Forderungen auf die Frage, ob eine stärkere Ressourcenschonung verfolgt und ob eine allgemeine Rücknahmeverpflichtung eingeführt werden soll, um den technischen Stoffkreislauf zumindest annähernd zu schließen.

Um Globalisierung nachhaltig gestalten zu können, bedarf es eines zukunftsfähigen Global Governance Systems, das sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Gleichheit orientiert. Eine ökosoziale Marktwirtschaft stellt dabei das einzig gangbare Wirtschaftssystem dar. Internationale Rahmenbedingungen zur Stärkung der politischen Handlungsfähigkeit fehlen weitgehend. Um diese zu schaffen und die Gleichheit über Co-Finanzierung zu erreichen, sind mehr finanzielle Mittel nötig. Die anvisierten, aber noch nicht erreichten 0.7 Prozent des BIP Entwicklungshilfe sind deutlich zu wenig. Damit internationale Rahmenbedingungen eine Legitimation erfahren, kommt es insbesondere darauf an, die Bevölkerung über dieses Thema, ähnlich wie bei der Umweltproblematik in den 70er Jahren, zu informieren. Zusätzlich müssen internationale Regierungsorganisationen gestärkt und die Zivilgesellschaft stärker in den politischen Prozess integriert werden. Kurzfristig können große Fortschritte erreicht werden, wenn die bestehenden internationalen Regierungsorganisationen miteinander kooperieren und so an „einem Strang ziehen“. Im Hinblick auf gewaltsame Systemkritik (z. B. Terrorismus) ist eine Sicherheitspolitik notwendig, die Freiheits- und Bürgerrechte wahrt. Die Europäische Union sollte im Hinblick auf die Umsetzung einer ökosozialen Marktwirtschaft gestärkt werden.

Im Bereich der Staatsverschuldung erwarten wir in den Parteiprogrammen drei wesentliche Punkte: Zunächst sollen die Parteien den intergenerationellen Aspekt ihrer Finanzpolitik anerkennen und deutlich machen. Dies mündet im Idealfall in der Aufstellung einer Generationenbilanz im Falle der Regierungsübernahme. Weiterhin erwarten wir, dass die Reduktion der Neu- und Gesamtverschuldung als eindeutiges Ziel im Parteiprogramm verankert ist. Drittens fordern wir konkrete Maßnahmen auf der Ausgabenseite, um die Neu- und Gesamtverschuldung zurückzuführen. Diese beinhalten z.B. den konsequenten Abbau von Subventionen.

Bildung entscheidet über die Zukunftsfähigkeit von Individuum und Gesellschaft. Eine entscheidende Voraussetzung für eine generationengerechte und nachhaltige Bildungspolitik sind leistungsfähige Bildungsinstitutionen, die sinnvoll und effizient organisiert sind und über ausreichende finanzielle und personelle Ressourcen verfügen. Fachwissen und Anwendungsfähigkeit von möglichst vielen gut ausgebildeten Menschen entscheiden über die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten – besonders in einem rohstoffarmen Land wie Deutschland. Dieses Ziel kann nur durch individuelle Förderung von Starken und Schwachen und eine deutliche Verbesserung von Beratungs- und Betreuungsangeboten erreicht werden. Eine generationengerechte und nachhaltige Bildungspolitik bekennt sich zum Ziel aktiver Förderung von Chancengleichheit. Eine Bewältigung der Anforderungen einer sich dramatisch verändernden Welt setzt eine grundlegende Revision von Lehrinhalten und Lernformen zwingend voraus. Dazu gehören fachliche Aktualität, methodische Qualifikationen von Lehrenden und Lernenden, die Förderung sozialer Kompetenzen, die sinnvolle Herstellung von Praxisbezügen sowie eine Stärkung der Demokratieerziehung. Wegen der vielschichtigen Herausforderungen ist endlich eine Vernetzung mindestens von Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Familienpolitik notwendig.

Eine generationengerechte Gesellschaft erfordert, dass Kinder und Jugendliche als eigenständige Träger von Rechten angesehen werden. Kinder und Jugendliche müssen voll gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Das Alter darf kein Kriterium zur Gewährung von grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten sein. Die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im politischen Entscheidungsprozess sind zu stärken. Ein Lösungsansatz dabei ist die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, ein anderer die Schaffung und Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie -beiräten. Kinder dürfen kein Armutrisiko mehr sein. Daher ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, etwa durch Kindertagesstätten.

Außerdem ist die soziale Absicherung von Kindern, etwa durch eine Erhöhung des Kindergeldes, sicherzustellen.

Eine generationengerechte Gesellschaft erfordert, dass Kinder und Jugendliche als eigenständige Träger von Rechten angesehen werden. Kinder und Jugendliche müssen voll gleichberechtigte Mitglieder unserer Gesellschaft werden. Das Alter darf kein Kriterium zur Gewährung von grundlegenden Menschen- und Bürgerrechten sein. Die Mitsprache- und Mitentscheidungsmöglichkeiten von Kindern und Jugendlichen im politischen Entscheidungsprozess sind zu stärken. Ein Lösungsansatz dabei ist die Senkung des Wahlalters auf 16 Jahre, ein anderer die Schaffung und Stärkung von Kinder- und Jugendparlamenten sowie -beiräten. Kinder dürfen kein Armutsrisiko mehr sein. Daher ist die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu gewährleisten, etwa durch Kindertagesstätten. Außerdem ist die soziale Absicherung von Kindern, etwa durch eine Erhöhung des Kindergeldes, sicherzustellen.

Doch unser Politiktest kann und soll nur ein Anfang sein. Wir brauchen den Einsatz junger Menschen innerhalb und außerhalb der Parteien und Parlamente, eine neue demokratische Kultur, welche die Chance bietet, die auf Kurzfristigkeit ausgerichteten Entscheidungen durch eine zukunftsorientierte Politik zu ersetzen.